

GASTKOMMENTAR

Kommt nach Corona die Inflation?



DIRK MEYER UND ARNE HANSEN

An den Märkten wurde das abermalige Aufdrehen des EZB-Geldhahns erwartet. Darauf deutet die ausgebliebene Reaktion der Wertpapierkurse auf die Dezember-Entscheidungen des EZB-Rates hin. Als wesentliche Maßnahme wurde eine Expansion des Pandemie-Notfallankaufprogramms beschlossen: eine Verlängerung bis März 2022 bei Aufstockung der Anleihekäufe um 500 Milliarden auf nunmehr 1850 Milliarden Euro. Zugleich hat der Europäische Rat den 750 Milliarden Euro schweren Wiederaufbaufonds beschlossen. Ein (fast) perfektes Kreditkarussell: Die EU nimmt Schulden zugunsten vornehmlich mediterraner Krisenstaaten auf, deren eigener Kreditzugang gefährdet ist, und das Europäische System der Zentralbanken (ESZB) kauft diese Papiere auf. Um nicht offensichtlich gegen das Verbot der monetären Staatsfinanzierung zu verstoßen, verbleiben die Schuldpapiere für wenige Tage im Bankensektor. Offiziell mit einer zu niedrigen Inflationsrate begründet, wird die EZB de facto zum Kreditgeber der letzten Instanz für Staaten.

Doch wie steht es mit möglichen Inflationsgefahren? Während die Menge an Zentralbankgeld seit Jahresbeginn um über 50 Prozent auf mittlerweile fünf Billionen Euro angestiegen ist, wird für dieses Jahr mit einem BIP-Rückgang um sechs Prozentpunkte im Euro-Raum gerechnet. Wirtschaftsleistung und Zentralbankgeldmenge wurden entkoppelt. Ein weiteres Anwachsen auf weit über sechs Billionen Euro ist bis März 2022 programmiert. Bislang stiegen vorwiegend die Vermögenspreise bei Aktien und Immobilien. Zudem horten private Haushalte und Geschäftsbanken die zusätzliche Liquidität aus Vorsicht, während Unternehmen Investitionen verschieben.

Aber die Rahmenbedingungen ändern sich. Noch in der nachlassenden Pandemie werden manche Lockdown-Dienstleister wie Restaurants, Fitnessstudios und so weiter versuchen, die durch Corona-Präventionen gestiegenen Kosten und Umsatzeinbußen einzupreisen. Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage könnte sprunghaft ansteigen, sobald die privaten Haushalte ihre aufgestaute Kaufkraft für nachgeholten Konsum verausgaben. Dann steigt die Kreditnachfrage der Unternehmen für Investitionen, wodurch wiederum eine höhere Giralgeldschöpfung der Geschäftsbanken und ein Aufwärtsdruck auf die Preise ausgelöst wird.

Dem stehen durch die Corona-Krise induzierte preisdämpfende Effekte entgegen: strukturelle Veränderungen (zunehmende Digitalisierung und abnehmende Mobilität), höhere Arbeitslosenquoten sowie eine sinkende Nachfrage nach Gewerbeimmobilien. Inwiefern es nach der Krise zu einer verstärkten Staatskonsolidierung kommt, ist eine politisch offene Frage. Zudem haben sich Geschäftsmodelle gewandelt, Kapital wird entwertet oder vernichtet. Es kommt zu Konkursen und daher kurzfristig zu Verknappungen. Neues muss aufgebaut werden. Je schneller die Auslastung der Kapazitäten in der Erholungsphase vorangeht, desto stärker entsteht ein inflationärer Druck. Sofern die EZB der Strategieänderung der US-Notenbank folgt und ebenfalls ein durchschnittliches Inflationsziel anstrebt, wäre die Legitimation mitgeliefert. Über mehrere Jahre wären dann Inflationsraten oberhalb von zwei Prozent zu erwarten, was eine Lohn-Preis-Spirale in Gang setzen könnte.

Die EZB steht spätestens dann vor einem kaum lösbaren Dilemma. Zur Liquiditätsabschöpfung müsste sie Anleihen verkaufen. Dies hätte Kursverluste und steigende Renditen zur Folge. Wertberichtigungen würden das Eigenkapital der ESZB-Zentralbanken und der Geschäftsbanken aufzehren. Der Bankrettungsfonds SRF ist mit aktuell rund 50 Milliarden Euro völlig unterkapitalisiert, sodass der Stabilitätsmechanismus ESM als Letztsicherung aktiviert werden müsste. Die Risikoprämien der Krisenstaaten würden steigen und neue Staatsinsolvenzen wahrscheinlich machen. Unruhige Zeiten könnten bevorstehen.

Dirk Meyer lehrt am Institut für Volkswirtschaftslehre der Helmut-Schmidt-Universität, Universität der Bundeswehr Hamburg. Arne Hansen ist dort Mitarbeiter

ESSAY



GETTY IMAGES/USA PHOTOGRAPHY

Vom Goethe-Institut bis zum Nationaltheater Mannheim machen sich neuerdings viele staatlich nicht schlecht alimentierte Kultureinrichtungen Sorgen um die Meinungsfreiheit. Sie sehen sie, wie sie im Aufruf ihrer „Initiative GG 5.3 Weltoffenheit“ formulieren, bedroht. Und zwar durch einen einzigen Bundestagsbeschluss. Darin wurde im Mai 2019 gefordert, „Räumlichkeiten und Einrichtungen, die unter Bundesverwaltung stehen, keinen Organisationen, die sich antisemitisch äußern oder das Existenzrecht Israels infrage stellen, zur Verfügung zu stellen“. Gemeint ist damit die Bewegung Boycott, Divestment, Sanctions (BDS), die seit vielen Jahren zum Boykott israelischer Waren aufruft und den Staat Israel als Kolonialmacht brandmarkt. Viele Anhänger bestreiten das Existenzrecht Israels, fordern die Rückkehr aller Palästinenser sowie die Auflösung des Staates Israel. Das ist im Grunde genommen eine revisionistische Position.

Weil Deutschland inzwischen ein verlässlicher liberaler Staat ist, wird in dem Bundestagsbeschluss keineswegs – wie die Phalanx der Kultureinrichtungen wider besseres Wissen immer wieder behauptet – ein Verbot von BDS-Auftritten in Deutschland gefordert. Der Beschluss tritt nur dafür ein, solche Auftritte nicht mit staatlichen Mitteln zu fördern. Doch selbst das ist den selbst ernannten Schützern der Meinungsfreiheit zu viel. BDS soll – auch wenn man damit nicht übereinstimmt – ein gern gesehener Gast auf deutschen Podien und Bühnen sein.

Nun haben die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages am 21. Dezember in einer Ausarbeitung festgestellt, was ohnehin schon klar war: Der Bundestagsbeschluss vom Mai 2019 ist ein „schlichter Parlamentsbeschluss“ und hat daher „keine rechtliche Bindungswirkung für andere Staatsorgane. Der Beschluss stellt eine politische Meinungsäußerung im Rahmen einer kontroversen Debatte dar.“ Mit anderen Worten: Er ist eine Empfehlung, abgegeben mit der Autorität des Bundestages.

Damit ist dem rhetorischen Aufstand deutscher Kultureinrichtungen eigentlich aller Wind aus den Segeln genommen: keine Spur von Eingriff in die Meinungsfreiheit. Im Gegenteil: Das wissenschaftliche Beiboot des Parlaments bekräftigt schwarz auf weiß, dass der BDS nicht nur nicht verboten ist, sondern gegebenenfalls auch in staatlichen Einrichtungen auftreten darf.

Es geht den Boykott-Advokaten aus Kultur und Religion nicht um die Freiheit der Meinung, sondern um die Freiheit, die einzige Demokratie des Nahen Ostens als Unterdrücker zu brandmarken



THOMAS SCHMID

Worum es eigentlich geht, formuliert – Volker Beck hat als Erster darauf hingewiesen – ausgerechnet der Generalsekretär des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Marc Frings. Er twitterte: „Großartig, wie Initiative GG 5.3 #Weltoffenheit BDS zurück auf die Agenda gebracht hat. Der wissenschaftliche Dienst des Bundestages hat gesprochen.“

Es geht also gar nicht darum, dem BDS ein Rederecht zu sichern. Es geht darum, ihn auf die Agenda zurückzubringen, ihn gesellschaftsfähig und zu einem anerkannten Akteur zu machen. Es geht nicht um die Meinungsfreiheit, sondern um ein Plädoyer für die angeblich berechtigten, aber angeblich diffamierten Anliegen des BDS.

Anders gesagt: Es muss doch noch erlaubt sein, Israels Existenzrecht infrage zu stellen. Dabei wird geflissentlich übersehen, dass BDS so etwas ist wie der Cordon sanitaire extremistischer Gruppen in Palästina.

So töricht, dieses Anliegen offen auszusprechen, sind die Initiatoren der GG-5.3-Initiative nicht. Solche Torheit bleibt einem Exponenten der katholischen Christenheit vorbehalten, die ja auf eine lange antijudaische und auch antisemitische Tradition zurückblicken kann. Doch die Tatsache, dass die GG-5.3-Autorinnen und -Autoren in ihrem Kampf für die Meinungsfreiheit kein anderes kritisches Beispiel anzuführen wissen als den BDS-Beschluss des Bundestages, zeigt, dass es letztlich eben doch nur um Israel geht. Schließlich gibt es ja in dieser Welt viele Ungerechtigkeiten, Barbareien, Staatsverbrechen und Verletzungen der Meinungsfreiheit, über die in Deutschland zwar hier und da berichtet wird, die aber keinen öffentlichen Aufschrei provozieren: Uiguren, Türkei, Iran, Russland und so weiter. Da kommt es allenfalls zu Breitenheiten. Unter dem Vorwand, man wolle Israel gar nicht kritisieren, man dürfe es angeblich auch gar nicht, wird die Israelkritik zum Dauerzustand.

Warum ist in weiten Teilen des deutschen Kulturmilieus vor allen anderen Israel im Verdacht? Und warum ist die Parteinahme für die Sache der Palästinenser so verbreitet?

Es hat wohl mit der Linkswendung des deutschen Kulturbetriebs zu tun. In den 60er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts erfasste die anticoloniale Idee die deutsche Kulturwelt. Jean-Paul Sartre erklärte den radikalen anti-imperialistischen Theoretiker Frantz Fanon. Der exzentrische Desperado Che Guevara wurde zum Idol einer Generation. Von Südvietnam über Angola bis Chile schienen sich überall auf der Welt die Erniedrigten und Beleidigten zu erheben. Ihnen galt die Sympathie vieler Linker, bis hin zu dem auf Kuba kurzzeitig Zuckerrohr schneidenden deutschen Intellektuellen Hans Magnus Enzensberger. Die Parteinahme für die Opfer war das Gebot.

Dieser Logik folgend, wurden auch Jassir Arafat, die Fatah und die Palästinenser erklärt. Die deutsche Linke hat lange Zeit gebraucht, um zu erkennen, dass der palästinensische Widerstand gegen Israel ganz stark von antijudaistischen Motiven und von einem antijüdischen Rassismus getrieben ist.

Wenn sich jetzt das Goethe-Institut, wie versteckt auch immer, für BDS starkmacht, steht das in dieser Tradition: Man muss immer auf der Seite der Opfer stehen. Die Opferlyrik ist dann die schönste Poesie. Dass sich die Welt nicht sauberlich in Täter und Opfer aufteilen lässt, ist in dieser Gedankenwelt nicht vorgesehen. Und Israel stößt als entschieden wehrhafter Staat auf Skepsis und Ablehnung

bei einer Kulturlinken, die seit Jahrzehnten in den warmen Wassern des Pazifismus badet.

Längst ist diese Haltung in die oberen Ebenen des Kulturmanagements vorgedrungen, sie ist offiziell geworden. Und wird mit allen Mitteln als die allein seligmachende verteidigt. Sie ist weder radikal noch kritisch. Sondern spießiges Establishment. Während der orientbeseelte Goethe des „West-östlichen Divans“ ein willkommener Gegenstand vieler Tagungen ist, bleibt der Goethe, der den Juden misstrauete und sich immer wieder zu antisemitischen Bemerkungen hinreißen ließ, weithin eine Leerstelle im deutschen Tagungswesen.

Wer mit dem BDS das Rückkehrrecht aller aus dem Gebiet des heutigen Israel vertriebenen Palästinenser fordert, sollte wissen, welches Fass er da aufmacht. Diese Rückkehr würde das Ende des Staates Israel bedeuten, der einzigen – wenn auch angeschlagenen – Demokratie in der Region. Können Advokaten von Menschenrechten und Meinungsfreiheit das auch nur in Kauf nehmen? Zudem ist das Recht von Vertriebenen auf Rückkehr ein heikles Thema. Hätten die aus Ostpreußen und Schlesien vertriebenen Deutschen bis zum Ende unverzüglich auf diesem Recht bestanden, hätte das vermutlich ganz Europa nicht zur Ruhe kommen lassen. Es gibt einen Zeitpunkt, von dem an das – wie immer berechtigte Anliegen – der Rückkehr nur noch Unruhe und Gewalt befeuert.

BDS ist nicht neu, sondern schon recht alt. Als gegen Ende des 19. Jahrhunderts zahlreiche Juden nach Palästina kamen, weil sie in Galizien und anderswo verfolgt oder benachteiligt wurden, wandten sich viele Bewohner Palästinas gegen diese Einwanderung, forderten etwa ein Gesetz, das Juden Landkäufe verbietet. Zeitungen riefen zum Boykott jüdischer Geschäfte und Waren auf: Jews not welcome. Nicht weil sie Fremde, sondern weil sie Juden waren, waren Juden nicht willkommen. Bei dieser Haltung blieb es das gesamte 20. Jahrhundert hindurch, bis heute.

BDS steht in einer unseligen Tradition: offiziell dialogbereit und israelkritisch, tatsächlich aggressiv und israelfeindlich. Die GG-5.3-Initiative macht sich zwar mit BDS nicht gemein, aus ihrem Umfeld ist aber immer wieder zu hören, BDS sei „eine wichtige Stimme“.

Es wird Zeit, dass diese Leute endlich sagen, was an BDS wichtig ist. Tun sie das nicht, müssen sie sich – vom Wissenschaftskolleg zu Berlin bis zum Württembergischen Kunstverein – den Vorwurf gefallen lassen, nützliche Idioten oder willfähige Unterstützer antiisraelischer Propaganda zu sein.

IMPRESSUM Verleger AXEL SPRINGER (1985 *)

Herausgeber: Stefan Aust
 Chefredakteur: Dr. Ulf Poschardt
 Stellvertreter des Chefredakteurs:
 Oliver Michalsky, Arne Teetz
 Chefredakteure in der Welt-Gruppe:
 Johannes Boie, Dagmar Rosenfeld
 Stv. Chefredakteur: Robin Alexander

Geschäftsführender Redakteur: Thomas Exner
 Chefredakteur: Torsten Krauel
 Redaktionsleiter Digital: Stefan Frommann
 Leitung Editionsteam: Christian Gaertner,
 Stv. Philip Jürgens, Lars Winkler
 Creative Director: Cornelius Tittel
 Artredaktion: Juliane Schwarzenberg,
 Stv. Katja Fischer

Politik: Marcus Heithecker, Claudia Kade, Lars Schroeder, Dr. Jacques Schuster
 Forum: Eva Marie Kogel, Stv. Rainer Haubrich
 Investigation/Reportage: Manuel Bewarder, Anette Doweidt
 Außenpolitik: Klaus Geiger
 Wirtschaft/Finanzen: Jan Dams, Olaf Gersmann, Stv. Dietmar Deffner, Thomas Exner (Senior Editor)
 Feuilleton: Dr. Mara Delius, Andreas Rosenfelder, Stv. Hannah Lüthmann
 Literarische Welt: Dr. Mara Delius

Literarischer Korrespondent: Richard Kämmerlings
 Stil/Reise: Adriano Sack, Stv. Sönke Krüger, Inga Griese (Senior Editor)
 Sport: Matthias Brügelmann
 Wissen: Dr. Pia Heinemann, Stv. Wiebke Hollersen
 Regionalredaktion Hamburg: Jörn Lauterbach
 Nachrichten/Gesellschaft: Thore Barfuss
 Community/Social: Franziska Zimmerer
 WELTplus: Sebastian Lange
 Video: Martin Heller

GvD Produktion: Patricia Plate
 Foto: Michael Dilger, Stv. Stefan A. Runne
 Infografik: Sandra Hechtenberg, Karin Sturm
 Chefredakteur Außenpolitik: Dr. Sascha Lehmann, Dr. Clemens Wergin
 Chefoökonomie: Dr. Dorothea Siems
 Korrespondenten Politik/Gesellschaft: Ulrich Exner, Dr. Richard Herzinger
 Chefredakteur Feuilleton: Dr. Jan Kjuveler
 Chefredakteur

Wissenschaft: Dr. Norbert Lossau
 Chefredakteur: Stefan Frommann, Heike Vowinkel
 Chefredakteur Wissenschaft: Axel Bojanowski
 Leitender Redakteur Zeitgeschichte: Sven Felix Kellerhoff
 Ständige Mitarbeiter: Prof. Michael Stürmer
 Autoren: Henryk M. Broder, Dr. Susanne Gaschke, Peter Huth, Alan Posener, Benjamin von Stuckrad-Barre, Hans Zippert

Auslandskorrespondenten: Brüssel: Dr. Tobias Kaiser, Dr. Christoph Schiltz
 Budapest: Boris Kalnoky
 Istanbul: Deniz Yücel
 Kapstadt: Christian Putsch
 London: Stefanie Bolzen, Thomas Kießling
 Marrakesch: Alfred Hackensberger
 Moskau: Pavel Lokshin
 New York: Hannes Stein
 Paris: Martina Meister
 Warschau: Philipp Fritz
 Washington: Steffen Schwarzkopf, Dr. Daniel Friedrich Sturm